

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914**

2.4.1914 (No. 91)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 91

Donnerstag, den 2. April 1914

157. Jahrgang

Expedition:  
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-  
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch  
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P  
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Pettizeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird keine  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 20. März 1914 gnädigst bewogen gefunden, dem Oberpostkassener Philipp Kern in Offenburg und dem Oberbrieftträger Richard Zimmermann in Freiburg die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unter dem 16. März 1914 den Bahnmeister Philipp Auer in Landa zum Baufsekretär ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unter dem 19. März 1914 den Baufsekretärwärter Friedrich Frisch in Durlach zum Baufsekretär ernannt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 30. März 1914 wurde Eisenbahnassistent Alfred Gehrig in Rastatt zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Die Werkmeisterprüfung für den maschinen- und elektrotechnischen Dienst betr.

In diesem Frühjahr wird eine Werkmeisterprüfung für den maschinen- und elektrotechnischen Dienst abgehalten. Der Beginn wird auf

Montag, den 20. April, vormittags 8 Uhr, festgesetzt.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis 12. April mit den nach § 4 der landesherrlichen Verordnung vom 3. Oktober 1908 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. XLV, Seite 597 ff.) erforderlichen Belegen beim Bezirksamt Karlsruhe einzureichen.

Karlsruhe, den 31. März 1914.

Großh. Ministerium der Finanzen.

Der Ministerialdirektor:

Schulz. Grimm.

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 1. April.

#### \* Rückblicke auf die internationale Politik.

Vom nahen und nächsten Osten.

Die Zusammenkünfte des deutschen Kaisers mit dem König von Italien in Venedig und mit dem österreichisch-ungarischen Thronfolger in Miramar haben dem Vernehmen nach einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Trotz Machenschaften, die auf das Gegenteil abzielten. Denn an der Begegnung des deutschen Kaisers mit dem Erzherzoge Franz Ferdinand war diesmal von einer Seite Interesse bezeugt worden, von der man es in dieser Form nicht gewohnt ist. Man tut den russischen Blättern „Nowoje Wremja“ und „Ruskoje Slowo“ schwerlich Unrecht, wenn man annimmt, daß sie mit Absicht für ihre feindlichen Ausstreunungen den gegenwärtigen Zeitpunkt gewählt hatten. Die „Nowoje Wremja“, deren Deutschfeindlichkeit über jeden Zweifel erhaben ist, wußte von dem Plane eines russisch-deutsch-französischen Bundes auf Kosten Österreich-Ungarns zu berichten. Dann kam der „Ruskoje Slowo“ und legte dem Kaiser Wilhelm Äußerungen über ein solches Bündnis in den Mund, angeblich getan zu einem russischen Würdenträger, der nicht mit Namen genannt, aber als der Kriegsminister General Suchomlinow gekennzeichnet war. Der russische Kriegsminister hat darauf erklärt, daß der Kaiser Wilhelm in jenem Gespräch ausschließlich militärische Fragen und keine Frage von politischer Bedeutung erörtert habe. Es ist gut, wenn die russischen Gesellschaftskreise, die sich die Fähigkeit zur Objektivität bewahrt haben, durch dieses Dementi einmal wieder erfahren, daß die Lüge zu den Kampfmitteln der deutschfeindlichen russischen Blätter gehört. Leider wird die Verhegung durch die Leichtgläubigkeit vieler Russen gefördert, die schon Bismarck beflagte.

Im Zusammenhange mit der Venediger Begegnung ist von italienischer Seite Deutschland angegangen worden, seine Freundschaft durch Unterstützung der italienischen Bestrebungen in Kleinasien zu bezugen. Italien kann dieser Unterstützung versichert sein. Soviel man erfährt, wünscht Italien, den Bau einer Eisenbahnstrecke von Adalia aus in die Hand zu nehmen. (Adalia, nicht

mit Adana zu verwechseln, liegt an der Südwestküste Kleinasien, Rhodos gegenüber.) Die Widerstände kommen von anderer Seite. Von englischer Seite hat man sich wenig freundlich ausgesprochen, vielleicht im Hinblick auf die englische Smyrnabahn. Ein russisches Blatt, der „Kietz“, hat sogar eine diplomatische Aktion gegen die italienischen Bestrebungen verlangt. Einsteilen ist zu bezweifeln, daß es dahin kommt.

In den Blättern wird ein Besuch des Fürsten von Albanien bei dem deutschen Kaiser in Korfu angekündigt. Eine amtliche Bestätigung liegt bisher nicht vor. Das spricht aber nicht gegen jene Absicht. Von Durazzo bis Korfu ist ja nur ein „Kagensprung“ und es mag sein, daß der Fürst die Gelegenheit zu einem Besuche ergreifen wird.

#### General Riman.

General Riman v. Sanders in Konstantinopel hat, als in einem französischen Blatte Äußerungen erschienen, die er als einen Angriff auf seine Familienehre betrachtete, sich bemüht, den Schuldigen zu erforschen. Diese Angelegenheit ist nicht durch die Beteiligten, sondern durch ein deutsches Blatt an die Öffentlichkeit gebracht worden. Dazu lag kein Anlaß vor, da es sich um eine private Angelegenheit des Generals handelte. Die Sache ist erledigt und der deutsche General ist ohne Schaden daraus hervorgegangen.

#### Parlament und Meer in England.

Die Ereignisse, die sich zwischen dem englischen Ministerium, dem Parlamente und dem Heere abspielten, sind sich rasch gefolgt. Fast jeder Tag brachte eine neue Wendung oder eine neue Vermutung. Trotzdem will es uns scheinen, als wenn den Ereignissen durch die gleichzeitige Betätigung von Ruhe und Kaltblütigkeit ein Gegengewicht geboten wurde, und man muß sich fragen, ob bei uns noch bei vergleichbaren Ereignissen die gleiche Ruhe vorhanden wäre. Es scheint, daß das germanische Erbe der Kaltblütigkeit und der Verachtung der Aufgereiztheit durch die neuzeitliche Entwicklung der Presse und des Parlaments bei uns zum Teil aufgezehrt worden ist. England hat in der letzten Woche den Rücktritt des Kriegsministers, des gefeiertsten heimischen Generals und das Ausscheiden des ersten Ministers aus dem Unterhause erlebt. Die beiden Letzten gehen zwar nicht, um nie wieder zu kehren, aber sie verschwinden einsteilen von ihrem bisherigen Plage. Der Kriegsminister Oberst Seely ist anscheinend deshalb zurückgetreten, weil er nach seinem eigenen Gefühl und vom Standpunkte der militärischen Disziplin durch seine Verhandlungen mit den in Irland stehenden Offizieren sich etwas vergeben hatte. Vielleicht ist auf Seely bei seinem vormaligen Verhalten der Umstand von Einfluß gewesen, daß er dem Range nach niedriger stand, als General Gough, den er sich gegenüber hatte. Der Feldmarschall French und der ebenfalls zurückgetretene General Ewart schweigen; man darf glauben, daß das Ministerium sich eifrig bemüht hat, den Feldmarschall im Dienst zu halten; die Gründe müssen also wohl auf seiner Seite liegen. Die Bedeutung der Übernahme des Kriegsministerpostens durch den Ersten Minister durch Asquith ist noch nicht völlig zu übersehen. Der erste Eindruck ist, daß der Schritt Entschlossenheit verrät und mithin Erfolg verspricht. Nach der nicht unbestrittenen, aber von Asquith anerkannten Auffassung muß er wegen seiner Ernennung zum Kriegsminister sich einer Neuwahl zum Unterhause unterziehen. Diese Wahl erfolgt in dem schottischen Wahlkreise East Fife, den er seit lange vertritt. Die letzte liberale Mehrheit betrug unter 2000, doch dürfte Asquith seine Wähler genügend kennen, um zu wissen, daß die Mehrheit ihm noch einmal Vertrauen schenken wird. Sonst würde sein Schritt das ganze Ministerium gefährden. In der Frage der irischen Selbstregierung ist eine neue Handlung nicht erfolgt, dagegen sind neue Vorschriften für das Heer ergangen, die bestimmt sind, alte oder neue Zweifel über die Verpflichtung der Glieder des Heeres zur Ausführung von Befehlen im Inlande zu beseitigen. Der liberale englische Bevölkerungsanteil ist zurückhaltend in der Kritik des der Vergangenheit angehörenden Verhaltens der in Irland stehenden Offiziere, so unbehagen ihr dieses war. In Deutschland wird man gut tun, sich einer ähnlichen Zurückhaltung zu befleißigen. Die liberale Regierung hat übrigens mehrfach versichert, daß sie einen Kampf der Truppen gegen die Ulsterleute nicht wolle und nie gewollt habe.

#### Löhne und Lebensmittelpreise.

Vor einiger Zeit ging, so schreibt die „Kölnische Zeitung“, eine sogenannte „Krupp-Statistik“ durch die Presse, die folgende Berechnung aufstellte: Von 1899 bis 1913 sind die Kosten des Nahrungsmittelaufwands von wöchentlich 17,58 M. auf 22,83 M. gestiegen. Der Durchschnittslohn erhöhte sich von täglich 4,72 M. auf 5,89 M. und wöchentlich von 28,32 M. auf 35,14 M. Daraus wird geschlossen: Von 1899 bis 1913 sind die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes um 29,86 v. H., die Durchschnittslöhne aber nur um 24,79 v. H. gestiegen. Seit dem Hochkonjunkturjahr 1907, dem Endpunkt der Hochkonjunktur, wuchsen die Ausgaben für Essen und Trinken um 16,36 v. H., während sich das Lohnniveau der Kruppischen Arbeiter nur um 10,09 v. H. gehoben hat. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen meint der Urheber jener Notiz dann, daß sich bei Nachprüfung der Lohnberechnungen unter Umständen ein noch ungünstigeres Bild ergeben könne, und schließt mit der apodiktischen Behauptung: „Auf alle Fälle ergibt sich aus der Statistik der Firma Krupp mit absoluter Sicherheit, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sich verschlechtert hat. Die Erhöhung des Lohnniveaus hat mit der Verteuerung des Lebensbedarfs nicht Schritt gehalten.“

Was an dieser Berechnung besonders auffällt, sind ihre beiden Hauptgrundlagen, nämlich die zum Vergleich herangezogene Verpflegungsration des deutschen Marinefeldaten, welche bekanntlich das Doppelte derjenigen des Landvolkes beträgt, und das Ausgangsjahr 1899 der Berechnung. Dieses ist als Übergangsjahr einer Periode der Hochkonjunktur zu wirtschaftlicher Depression dazu so ungeeignet wie nur möglich, und bei der vollkommenen Willkürlichkeit seiner Annahme kann ebensogut jedes andere Jahr als Ausgangsjahr gewählt werden. Tut man dies aber, so bedeutet es eine grundstürzende Änderung der ganzen Berechnung. Die Erfahrungen des 19. Jahrhunderts haben gelehrt, daß Löhne und Preise eine dem fortwährenden Schwanken der Konjunktur entsprechende unregelmäßige Entwicklung aufzuweisen haben. Dabei verlaufen jedoch Lohnentwicklung und Preisentwicklung keineswegs immer parallel zueinander und gehen vor allen Dingen nicht in gleich starkem Maße und nicht gleich schnell vor sich. Ganz allgemein kann als Erfahrungstatsache der letzten Jahrzehnte gelten, daß der volkswirtschaftliche Aufschwung ein Ansteigen der Löhne und Preiserhöhungen vieler Waren zur Folge hat, während in den Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs ein Sinken oder doch ein Stillstand in der Bewegung der Löhne und Preise stattgefunden hat. Die rückläufigen Bewegungen der Löhne und Preise während der unglückseligen Konjunkturen sind indes in der Entwicklung der letzten Jahrzehnte fast durchweg geringer gewesen als die Lohn- und Preissteigerungen während der Aufschwungsperioden der Volkswirtschaft.

Trotz der in früheren Zeiten wesentlich geringeren Zuverlässigkeit der Statistik steht es fest, daß etwa seit Beginn des zweiten Viertels des vorigen Jahrhunderts eine allgemeine Preissteigerung wichtiger Lebensbedürfnisse eingetretet hat. Ebenso hat sich bis zur Hochkonjunktur der siebziger Jahre (wenn auch unter Schwankungen) eine allgemeine Erhöhung der Arbeitslöhne vollzogen. Diese nominelle Steigerung der Löhne wurde jedoch zum Teil und zeitweilig sogar ganz durch die Preissteigerung wieder zunichte gemacht. Von ungefähr 1850 bis nach 1865 dürfte daher die Steigerung der nominalen Löhne und Nominaleinkommen in Deutschland die gleichzeitige Verteuerung des Lebens schwerlich übertroffen haben, so daß die Reallohne und Realeinkommen (d. h. der wirkliche Verkehrswert oder die Kaufkraft des Lohnes oder Einkommens) in dieser Zeit wohl die gleichen geblieben sind. Eine Verbesserung dürfte die Lage der Arbeiterschaft also nicht erfahren haben.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches ändert sich jedoch diese Entwicklung ganz bedeutend. Zu Beginn der 1870er Jahre setzt eine allgemeine Lohnerhöhung ein, die so stark ist wie keine andere zuvor, und an einigen Orten zu ganz ungeheurer hohen Arbeitslöhnen führt. Die Preissteigerungen haben damit nicht entfernt Schritt gehalten, so daß die Reallohne in dieser Zeit ganz merkbar stiegen, und zunächst eine nicht unbeträchtliche Verbesserung in der Lage der gewerblichen Arbeiterschaft herbeigeführt wurde. Allerdings trat sehr bald ein schwerer

Rückschlag ein, als die Krise, die der Überspekulation der „Gründerzeit“ folgte, zum Ausbruch kam. Sie brachte zunächst einen Rückgang der Nominallohne mit sich. Später folgte dann wieder eine Periode gleichbleibender und leicht ansteigender Löhne. In diese Zeit fiel aber auch der allgemeine Rückgang der Preise zahlreicher Lebensmittel und Industrie-Erzeugnisse, der bis etwa 1895 andauerte. Freilich ist trotzdem keine bedeutungsvollere, sondern höchstens eine mäßige Verbesserung in der Lage der Arbeiterschaft festzustellen. Eine bedeutende Änderung tritt jedoch nur etwa vom Jahre 1895 ab ein. Von da an beginnt sich das allgemeine Preisniveau, allerdings unter Schwankungen und zunächst langsam, zu heben. Ein in den Jahren 1895 bis 1900 besonders kräftig und nachhaltig gewesener Aufstieg der Arbeitslöhne ging damit parallel. Da die Verteuerung der Lebensmittelbedürfnisse viel langsamer einsetzte, so haben diese Jahre die Lage der Arbeiterschaft erheblich verbessert.

So bildete den Abschluß des Jahrhunderts ein wirtschaftlicher Aufschwung ohne gleichen. Wenige Kennzeichen nur haben der neuere deutschen Wirtschaftsentwicklung so sehr ihr Gepräge aufgedrückt, wie diese Hebung des gesamten Lebensniveaus im Volke. Das aber ist ja auch das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik, das Verhältnis des Einkommens zu den Kosten der Lebenshaltung fortgesetzt zu verbessern. Bei der heutigen Berufsgliederung des deutschen Volkes ist eine solche Politik von besonderer Wichtigkeit natürlich für diejenigen Klassen, welche numerisch am stärksten in ihm vertreten sind: für die breiten Schichten der Lohnarbeiterschaft, in den Städten und Industriebezirken besonders der gewerblichen Lohnarbeiterschaft. Selbstverständlich darf sich die Sozialpolitische Fürsorge nicht lediglich auf diese Teile der Bevölkerung allein einstellen, wenn auch die Besserung der Lage des Lohnarbeiterstandes im verflochtenen halben Jahrhundert als die notwendigste und dringendste Aufgabe der Sozialpolitik erscheinen mußte. Mit Anbruch des 20. Jahrhunderts nun war noch immer kein Rückgang der Löhne und keine Verschlechterung der Lebensführung der Arbeiterklassen festzustellen. Waren die Verbesserungen auch nicht mehr so bedeutsam als kurz vorher, weil die Preise der Nahrungsmittel immer rascher stiegen, und mag für einzelne Jahre dieses Zeitraums, etwa die Jahre 1911/12, die Lohnarbeiterschaft eher von einer Verschlechterung als von einer Verbesserung ihrer Lage reden können, so ist doch im Vergleich mit den früheren Verhältnissen eine wesentliche Verschlechterung nicht eingetreten. Statistische Nachweise über die Frage, wie weit die Erhöhung der Arbeitslöhne das Teurerwerden der Lebensbedürfnisse wieder ausgeglichen oder übertroffen hat, sind heute nicht nur erwünscht, sondern bilden geradezu eine Notwendigkeit für den wissenschaftlichen Forscher, den Politiker und den praktisch tätigen Verwaltungsbeamten. Ganz besondere Bedeutung haben solche Statistiken neuerdings für die Lohnarbitäre zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern erlangt, wo sie dem Gewerbegericht als Einigungsamt als wichtigste und zuverlässigste Unterlage für eine durchaus unparteiische Vermittlungsfunktion zu dienen haben. Allerdings stehen der statistisch genauen Erfassung der Verteuerung der Lebenshaltung wie der Lohn- und Einkommensentwicklung noch außerordentliche Schwierigkeiten im Wege. Die zurzeit bestehenden Statistiken darüber können deshalb, wie statistische Fachleute auch selbst besonders betonen, nur mit einer gewissen Vorsicht verwendet werden. Die Hauptbeeinträchtigung einer genauen Erfassung erfolgt dadurch, daß die Lebensmittel und ihre Preise nach Art, Qualität und Quantität stark schwanken, und daß nicht für sämtliche, sondern höchstens für etwa vier Fünftel aller Unterhaltsmittel statistische Preisangaben gemacht werden können. Außerdem ist die statistische Beobachtung der Lohnentwicklung noch schwierig. Insbesondere sind die Tariflöhne nur ein Notbehelf und gestatten keinen Rückschluß auf das Arbeitseinkommen. Denn abgesehen davon, daß sie oft nur Mindest- und Durchschnittslöhne sind, bleiben bei ihnen Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Feiertage, Feierschichten, Überstunden usw. außer Betracht. Außerdem lassen sie unberücksichtigt: Naturalvergütungen, billigere oder freie Wohnungen, Gewährung von Arbeitskleidung und Geschenken und endlich die Arbeitsleistung. Trotzdem aber bieten die vorhandenen statistischen Materialien auf diesem Gebiete auch viel des Lehrreichen. J. B. ist von Interesse dafür eine kürzlich in der Zeitschrift Das Einigungsamt (Berlin, Julius Springer) erschienene Arbeit von Professor Dr. Willi Morgenroth über die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung in München. Sie bringt u. a. eine Durchschnittsberechnung auf Grund der Haushaltsbudgets von 19 verschiedenen Arbeiterfamilien mit 2 bis 8 Köpfen. Darnach betrug die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung.

Zm Zeitraum	in Prozent
1905/1912	15,5
1903/1912	18,4
1900/1912	19,7
1895/1912	26,5

Die Verteuerung des Nahrungsmittelverbrauches betrug in den gleichen Zeiträumen: 16,6; 20,8; 21,9 und 25,5 Prozent.

Wie verhält sich nun, so führt die „Köln. Ztg.“ u. a. weiter aus, zu dieser Verteuerung der Lebenshaltung die Erhöhung der Arbeitslöhne, welche von der Arbeiterschaft in der gleichen Zeit errungen worden

ist? Da es mit Ausnahme einiger besonderer Industrien an einer völlig einwandfreien Lohnstatistik noch fast ganz mangelt, kann man für den größten Teil der Industrie und des Gewerbes die tatsächlich erfolgten Lohnsteigerungen nicht genau feststellen. Man muß sich deshalb mit der Feststellung derjenigen Lohnerhöhungen begnügen, welche bei der Erneuerung von Tarifverträgen gewährt worden sind. Die hierüber in der schon oben erwähnten Zeitschrift zunächst für Münchener Verhältnisse aufgemachte Berechnung ist mittels Indizes durchgeführt. Sie besagt folgendes: Wenn man den Lohn für das Jahr des ersten Tarifabschlusses gleich 100 setzt, so ergibt sich dieses Bild:

Steigerung der Tariflöhne	
Bäckerei	1904—1912 von 100 auf 146
Brauerei	1905—1913 „ 100 „ 130
Zaloufffabriken	1906—1913 „ 100 „ 125
(Gleichzeitig wurde die Arbeitszeit vermindert)	
Steigerung der Tariflöhne	
Asphaltgewerbe	1906—1913 von 100 auf 146
Baugewerbe	1906—1913 „ 100 „ 146
Bildhauergewerbe	1905—1912 „ 100 „ 117
Dach- u. Schieferbedergewerbe	1905—1913 „ 100 „ 129
Gerüstbauergewerbe	1906—1913 „ 100 „ 128
Schlosser	1904—1913 „ 100 „ 134
Schreiner	1906—1913 „ 100 „ 112
Möbeltransportgewerbe (reiner Betrieb)	1907—1912 „ 100 „ 108
Buchbindergewerbe	1908—1912 „ 100 auf 107

Die beiden letzten Ziffern geben also jeweils die Prozentzahl der Steigerungen. Wie schon die wenigen angeführten Stichproben zeigen, sind die von der Arbeiterschaft in den Tarifverträgen durchgesetzten Lohnerhöhungen in den einzelnen Gewerbebezirken sehr verschieden stark gewesen. Wenn man die Tabelle aber im einzelnen genauer überprüft, kann man doch aus ihr schließen, daß das Maß der Lohnerhöhung in den meisten Gewerben die von 1905 bis 1912 eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft übertroffen oder wenigstens erreicht hat.

## Politische Übersicht.

### Kaisertage auf Korfu.

Adhilleon, 31. März. Der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Gesandten v. Treutler. Heute nachmittag machte der Kaiser mit Gefolge einen Ausflug in Automobilen nach dem Kloster Palafokastriga.

\* Dem Direktor der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wirkl. Geh. Rat v. Körner, der am 1. April aus seinem Amt scheidet, widmet die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Artikel, an dessen Schluß es heißt: Bei seinem Eintritt in den Ruhestand wird Erz. v. Körner, der nach seinem eigenen Wunsche sich aus der amtlichen Tätigkeit zurückzieht, von vielen Sympathien begleitet, die er sich während seiner langen, arbeitsreichen Laufbahn erworben hat. Im Auswärtigen Amt, besonders in der handelspolitischen Abteilung, bleibt ihm ein ehrenvolles Andenken bewahrt. — Der Kaiser hat Herrn v. Körner bei seinem Scheiden aus dem Amte durch die Verleihung der Königl. Krone zum Roten Adlerorden erster Klasse ausgezeichnet.

\* Eine irrtümliche Verhaftung. Aus Breslau wird gemeldet: Der russische Ingenieur Popow, der von dem russischen Verkehrsministerium damit beauftragt worden war, flachgehende Schiffe zu kaufen, und der belgische Konsul in Riga, Seidemann, fielen in einem Lokal zu Brügge auf, wo sie russisch sprachen und viel russisches Geld zeigten. In der Annahme, daß sie Spione seien, zeigte sie ein Einwohner dem Polizeikommissar an, der die Fremden nach seinem Bureau hat. Dort konnte sich der Ingenieur ausweisen, der Konsul nicht. Die Herren wurden darauf gebeten, auf dem Polizeibureau zu bleiben bis zur Einziehung telegraphischer Erkundigungen. Dann wurden sie entlassen.

\* Der Ausbau der Badischen Kräfte. Der Finanzausschuß der bayerischen Kammer der Abgeordneten nahm am Dienstag die Regierungsvorlage, betr. den Ausbau der Badischen Kräfte an. Hierfür sollen 6 Millionen in den außerordentlichen Etat und 1 650 000 M. für Verzinsung und Tilgung in den ordentlichen Etat eingestellt werden.

## \* Ausland.

Paris, 31. März. (Kammer.) Der Abgeordnete Ceccaldi forderte die Dringlichkeit für einen Antrag, der eine Abänderung des Artikels des Strafgesetzbuches anstrebt, welcher die Verjährung in Kriminal- und Jugendpolizeigerichtsachen betrifft, um die Verjährung durch die Verhaftung des Verurteilten zu unterbrechen, sowie durch jede Art des behördlichen Vorgehens, das die Strafvollstreckung zum Ziele hat. Ceccaldi setzte auseinander, daß es sich darum handle, einen Hochstapler daran zu hindern, nach einem Aufenthalt von fünf Jahren im Auslande nach Frankreich zurückzukehren und seinen zweifelhaften Beruf weiter auszuüben. Die Person, auf die der Antrag abzielt, ist Mochette. Das Zentrum und die Rechte erheben gegen die Ausnahmeregel Widerspruch. Die Dringlichkeit, die von der Regierung nicht bekämpft wird, wird von der Kammer mit

324 gegen 10 Stimmen angenommen. Mit Zustimmung Ceccaldi wird der Antrag an eine Kommission verwiesen.

Paris, 31. März. In der heutigen Sitzung des Modette-Ausschusses setzten es die sozialistisch-radikalen Mitglieder durch, daß der gestern entsprechend dem Vorschlag von Jaurès angenommene Abstoß der Schlußfolgerungen, in welcher auf den von Monis und Caillaux ausgeübten „bedauerlichen und mißbräuchlichen Einfluß“ hingewiesen wird, einer neuerlichen Erörterung unterzogen werden. Nach lebhafter Debatte sprach sich der Ausschuß mit 11 gegen 8 Stimmen für die Streichung dieser Stelle aus. Jaurès erklärte darauf, daß er unter diesen Umständen den Vorschlag nicht weiter führen könnte und gab seine Demission. Dieser Entschluß betrafte eine lebhafte Erregung. Die radikal-sozialistische Mehrheit des Ausschusses erklärte sich darauf bereit, das abgegebene Votum zurückzuziehen und genehmigte sodann den die Rolle der ehemaligen Minister Monis und Caillaux kennzeichnenden Absatz. Jaurès ließ sich darauf herbei, von neuem den Präsidentenitz einzunehmen. — Wie in den Wandelgängen der Kammer verhandelt, wurde von der sozialistisch-radikalen Mehrheit des Ausschusses beschlossen, daß in die der Kammer vorzuliegenden Schlußfolgerungen auch ein Absatz aufgenommen werde, welcher die Haltung von Parfou in ähnlicher Weise kritisiert, wie bei Monis und Caillaux.

Paris, 31. März. Aus Lissabon wird gemeldet, der Senator Pedro Martins habe die Regierung bezüglich der Bildung eines Pariser Bistums interviewt, wonach die portugiesische Angola-Kolonie der deutschen Einfluß-Sphäre in Afrika zugewiesen werden solle. Der Fragesteller verlangt, daß das Parlament und das Land über diese Angelegenheit genau unterrichtet werden. Der Marineminister versprach, die Anfrage dem Ministerpräsidenten und Minister des Äußern zu übermitteln.

London, 31. März. Das Oberhaus nahm das Statutgesetz in dritter Lesung mit 329 gegen 251 Stimmen an.

London, 31. März. (Unterhaus.) Heute nachmittag entstand hinsichtlich der jüngsten bekannten Denkschrift an General Gough ein neuer Zwiespalt. Gestern erklärte Churchill, diese Denkschrift sei nicht dem Kabinett, sondern nur Asquith unterbreitet worden, welcher, unter Berücksichtigung der Ansichten des Kabinetts, das Dokument abändern werde. Heute berichtete Churchill seine Erklärung dahin, die Denkschrift sei dem Kabinett unterbreitet worden, das sofort damit nicht in Erfahrung bringen konnte. Churchill erklärte, er sei häufig während der Beratung des Kabinetts aus dem Sitzungszimmer herausgerufen worden; schließlich sah er, wie Asquith einige Paragrafen ausstrich und das so abgeänderte Dokument dem Kriegsminister ausbandigte.

Rom, 31. März. Das Befinden des Papstes ist, der „Köln. Volksztg.“ zufolge, entgegen anderslautenden Meldungen durchaus befriedigend. Er arbeitete heute bis 9 Uhr vormittags mit dem Kardinalstaatssekretär und empfing hundert von Personen.

Belgrad, 31. März. (Stupschina.) In der Spezialberatung des Budgets des Äußern erklärte Paschitsch in Verantwortung verschiedener Anfragen, daß zwischen Serbien, Montenegro und Griechenland ein Bündnis abgeschlossen worden sei. Die Verträge über den Balkan und den Konstantinopeler Frieden werden der Stupschina in der nächsten Zeit unterbreitet werden.

Santiago de Chile, 31. März. Die Regierung bestimmte den Konteradmiral Wilson und den General Alomirano zu Adjutanten des Prinzen Heinrich von Preußen. Diese Begebenheit schließt einer offiziellen Kommission, die sich aus Vertretern des Präsidenten der Republik und 20 deutschen und chilenischen Persönlichkeiten zusammensetzt, an die argentinische Grenze, um den Prinzen und sein Gefolge zu empfangen.

Tokio, 31. März. Vicomte Kijoura hat den Auftrag angenommen, ein neues Kabinett zu bilden.

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 1. April.

Heute vormittag 10 Uhr wohnten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise der Konfirmation der Kadetten im Kadettenhause an. Später meldeten sich bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog zur Überreichung der Monatsrapporte: Oberst von La Chevallerie, Kommandeur des Feldartillerieregiments Großherzog (1. Badischen) Nr. 14, Oberstleutnant Graf von Gehler, Kommandeur des 1. Badischen Leibdragonerregiments Nr. 20 und Oberst von Bergwarzowsky, Kommandeur des 1. Badischen Leibgrenadierregiments 109.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

\*\* Auf Grund der Vorschriften unter B. 5 der badischen Normalbestimmungen über die Veräußerung und Verpachtung des domäneneigenen landwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes vom 20. Juni 1894 sind im Jahre 1913 von 751,6146 ha zur Neuverpachtung gekommenen Grundstücken 490,0930 ha, also 65,2 v. H. für eine weitere Pachtperiode an die seitherigen Pächter um den Anschlag aus der Hand vergeben worden.

Der Pachtzins für die aus der Hand abgegebenen Grundstücke beläuft sich für das Jahr zusammen auf 45 595 M. oder für ein Hektar auf 93 M. 03 Pf. Gegenüber dem seitherigen Pachtzins für diese Grundstücke mit 40 947 M. 39 Pf. ergibt sich eine Erhöhung von 11,4 v. H.

\*\* Israelitische Landesynode. Die siebente ordentliche Tagung der israelitischen Landesynode wird Montag, den 6. April, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal der Zweiten Kammer der Landstände eröffnet. Vorher findet um 10 Uhr eine gottesdienstliche Feier in der Synagoge (Kronenstrasse) statt.

\* Nr. XIV des Gesetzes- und Verordnungsblattes für das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Verordnung und Bekanntmachung des Ministeriums des Innern; den Winterhalt bei Redargemünd betreffend; des Ministeriums der Finanzen: die Rechnungsnachweisungen des Staatshaushalts für 1910 und 1911 und für 1911 und 1912 betreffend.

Eine Kundgebung der Karlsruher Jungliberalen. Der erweiterte Vorstand des Karlsruher Jungliberalen Vereins nahm, wie die „Badische Landeszeitung“ mitteilt, folgende Erklärung zu den Beschlüssen des Zentralvorstandes der national-liberalen Partei einstimmig an: „Der Badische Landesverband jungliberaler Vereine muß den Beschlüssen des Zentralvorstandes der Partei Verhandlungen einzuleiten, um die gleichzeitige Auflösung des jungliberalen wie des allliberalen Verbandes unverzüglich herbeizuführen, bedauern, weil die Jugendbewegung innerhalb der national-liberalen Partei ohne eigene Organisation ihrem Verfall entgegengehen wird, die Jugendbewegung aber eine dauernde Notwendigkeit für die Partei ist. Der „Bad. Landesverband“ hofft daher im Interesse der Partei, daß der Reichsverband jungliberaler Vereine nicht aufgelöst wird. Für die badischen jungliberalen Vereine und unseren badischen Landesverband, die auch im Falle der Auflösung des Reichsverbandes wie bisher weiter bestehen werden, ist dieser Beschluß des Zentralvorstandes ohne Belang.“

Freiburg, 30. März. Die evangelische Freiburger Kirchengemeindeversammlung hat, der „Bad. Landeszeitung“ zufolge, eine Erklärung an das Großh. Staatsministerium ergehen lassen, in der es u. a. heißt:

„Jede weitere Abbröckelung des Jesuitenwesens bedeutet zweifellos eine schwere Gefährdung des konfessionellen Friedens und das gleiche gilt von der Errichtung von Männerhöfen in unserem konfessionell gemischten Lande. Die Tatsachen der Geschichte und die Erfahrungen der katholischen Völker können nur auf Kosten der inneren Gesundheit des Volkslebens übersehen werden. Ein Entgegenkommen in diesen Ordensfragen würde unsere badische Heimat in einen Zustand unabsehbarer Erregung bringen und den nun einmal vorhandenen Gegensatz der beiden Kirchen in verhängnisvoller Weise verschärfen und verbittern. Deshalb erheben wir Mitglieder der evang. Kirchengemeinde Freiburg einmütig Protest gegen jeden weiteren Schritt zur Aufhebung des Jesuitenwesens, als auch gegen die Zulassung von Männerhöfen, und bitten im stillen Einverständnis mit vielen friedliebenden Katholiken um Schutz des konfessionellen Friedens.“

Konstanz, 31. März. Am verfloffenen Sonntag fand in Lindau die Hauptversammlung des Bodenseeverkehrsvereins statt. Aus dem von Schriftführer Ernst Ackermann aus Konstanz erstatteten Jahresbericht war ersichtlich, daß von dem Hauptreflexmittel, dem Bodenseeprospekt, im verfloffenen Jahr wieder ausgiebiger Gebrauch gemacht worden ist; der Prospekt wurde in 2000 Exemplaren in das In- und Ausland versandt. Das gemeinsame Organ des Verbandes der Gasthofbesitzer und des Bodenseeverkehrsvereins „Fremdenblatt für Bodensee und Rhein“ hat die Interessen des Gebiets in hohem Maße gefördert. Um die Reisewelt über die Witterungsverhältnisse am Bodensee stets auf dem laufenden zu halten, wurde die Drachenstation Friedrichshafen gegen Kostenertrag gebeten, ihre Witterungsberichte dem amtlichen Internationalen Verkehrsbureau in Berlin zu übermitteln und sie in zahlreichen Städten auszuhängen. Auch mit der industriellen Ausbeute der Gesteinslager des Hohenstoffs hat sich der Verein beschäftigt und an die badische Regierung eine Eingabe gerichtet, auf welche die Zustimmung einging, daß die Ruine und die eigenartige Spitze des Berges unberührt bleiben werden. Nach Genehmigung des Rassenberichts wurden zum 1. Vorsitzenden Bürgermeister Saulick in Konstanz und zum 2. Vorsitzenden Oberbürgermeister Reichle in Ravensburg gewählt. Die nächstjährige Hauptversammlung findet in Rorschach statt.

Aus der Residenz.

Geh. Hofrat Prof. Dr. Otto Lehmann kann, wie schon gestern mitgeteilt, am heutigen Tage auf 25 Jahre seiner Wirksamkeit als ordentlicher Professor der Physik an der Technischen Hochschule hier zurückblicken. Der Jubilar, der Nachfolger von Heinrich Herz an der Friderician, hat die Früchte seiner Forschertätigkeit in zahlreichen Werken niedergelegt. Sein Hauptarbeitsgebiet in früheren Jahren war neben dem Studium der Kristalle das der elektrischen Entladung. Die Lieblingsarbeit des Gelehrten bildete das Studium der flüssigen Kristalle. Geh. Hofrat Dr. Lehmann, dessen hervorragende Verdienste nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten wissenschaftlichen Welt mit rückhaltloser Anerkennung gewürdigt werden, darf an seinem Jubiläumstage die Glückwünsche zahlreicher Kollegen und Schüler und weiterer wissenschaftlich interessierter Kreise entgegennehmen. Möge der Arbeit des Forschers auch in Zukunft reicher Erfolg beschieden sein!

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Badischer Landtag.

Erste Kammer.

8. öffentliche Sitzung: Mittwoch, 1. April 1914.

Vormittagsitzung.

(Kurzer Bericht.)

In der von dem Durchlauchtigsten Präsidenten um 10 Uhr eröffneten Sitzung erstattet Seine Durchlaucht Prinz Alfred zu Löwenstein Bericht über das Landwirtschaftsbudget. Der Berichterstatter verbreitet sich insbesondere über die Frage der Volksernährung durch die heimische Landwirtschaft, über den Ackerbau, den Aufschlag und die Weidewirtschaft.

Graf von Kagened erörtert die Verhältnisse im Ackerbau, Freiherr von Büdlin die Lage des Tabakbaues, das landwirtschaftliche Kreditwesen und die in letzter Zeit immer mehr zunehmenden unberechtigten Eingriffe auf den Großgrundbesitz, dessen Bedeutung für die Volkswirtschaft der Redner darlegt. Wirklicher Geheimrat Dr. Bürklin verbreitet sich über das Hypothekensystem unter Hervorhebung der Leistungsfähigkeit der Rheinischen Hypothekbank. Bürgermeister Bierneisel bespricht die landwirtschaftliche Arbeiterfrage, geht auf die Frage der Befähigung der Güterfächlererei ein und weist auf die Notwendigkeit großer Vorsicht bei der steuerlichen Erfassung des Grundbesitzes hin.

Um 1/11 Uhr wird die Sitzung auf nachmittags 2 Uhr vertagt.

Braunschweig, 1. April. Die Kaiserin ist heute vormittag 10 Uhr 5 Minuten mit Hofonzezug nach Kassel abgereist. Der Herzog gab der Kaiserin das Geleit zum Bahnhof.

Kassel, 1. April. Die Kaiserin ist heute nachmittag 2 Uhr hier eingetroffen und auf dem Bahnhof vom Prinzen Joachim von Preußen empfangen worden. Der Prinz hatte auf der Fahrt zum Bahnhof einen leichten Unfall. Das Pferd des Dogcart, in welchem der Prinz fuhr, glitt auf dem Bahnhofplatz aus und stürzte. Durch den Sturz des Pferdes stürzte auch der den Prinzen begleitende Adjutant auf das Straßenpflaster. Der Prinz, der nach den Säugeln griff, stürzte nach vorn vom Wagen und blieb mit den Säugeln am Vorderfuß hängen. Passanten eilten herbei und befreiten den Prinzen aus seiner unangenehmen Lage. Weder der Prinz, noch sein Begleiter haben Verletzungen erlitten.

Köln, 31. März. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Trier: Das luxemburger Hofmarschallamt drückte den bei dem letzten Hofkonzert in Luxemburg auf den Straßen durch Zuruhe wie „Zabernwädes“ usw. beleidigten deutschen Offizieren das Bedauern der Großherzogin aus.

Stuttgart, 1. April. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte der Minister des Innern, von Feilichauer, auf die Anfrage, ob er bereit sei, auf der Grundlage des Schiffahrtsabgabengesetzes mit den Regierungen von Baden und Hessen (ohne Rücksicht auf den Stand der Verhandlungen mit Holland und Österreich über die Aufhebung der Abgabefreiheit auf dem Rhein und der Donau) in Verhandlungen über die sofortige Inangriffnahme der Neckarfanalisation zwischen Mannheim und Heilbronn einzutreten, unter anderem: Für Württemberg bedeutet die Ausführung des Unternehmens ein gewisses Wagnis. Auf der Grundlage des Schiffahrtsabgabengesetzes würde die württembergische Regierung dieses Wagnis riskieren. Im übrigen wird die Stellungnahme der Regierung nicht ohne die eingehende Erwägung der finanziellen Rücksichten erfolgen können. Im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit eines kleinen Landes wird die Ausgabe von so vielen Millionen zu ernstlichen Bedenken Anlaß geben. Die württembergische Regierung hat nichts veräußert, um auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache immer wieder hinzuweisen und darauf zu drängen, mit der niederländischen Regierung in Verbindung zu treten. Württemberg befindet sich in wesentlich ungünstiger Lage als Bayern mit seinem Mainkanal.

Wien, 1. April. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Durazzo: Der Minister hat beschlossen, von den Regierungen Österreich-Ungarns und Italiens die Entsendung je eines Beirates für die Ministerien der Posten und Telegraphen, der öffentlichen Arbeiten, sowie der Finanzen zu erbitten.

Verschiedenes.

Luftschiffahrt.

Johannisthal, 31. März. Heute nachmittag hat auf dem Flugplatz Johannisthal der Kumpferpilot Linnetogel auf einem Kumpfer-Eindecker einen Höhenwettbewerb ohne Passagier ausgeführt. Er erreichte eine Höhe von 6300 Metern.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 2. April. Abt. C. 49. Ab. Vorst. „Pygmalion“, Komödie in fünf Akten von Shaw. Anfang halb 8 Uhr, Ende 10 Uhr. (4 M.)

Am Freitag den 3. April (A 50) wird anstatt „Nur Ruhe!“ Souböise Lustspiel aus dem Jahre 1866 „Graf Pezi“ gegeben. Anfang halb 8 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe. V.: Gottlieb Gesselschwerdt, Tagelöhner. — V.: Leop. Ehlhorn, Maurer. — V.: Franz Wolf, Chauffeur. — V.: Karl Jörgeßen, Zementeur. — Ein Mädchen. V.: Friedr. Dölber, Kutscher. — V.: Heinrich Lang, Metzger. — V.: Oskar Jäger, Stadttagelöhner. — V.: Aug. Joch, Schalttafelwärter. — V.: Karl Neunzig, Bahnwärter.

Eheschließungen. Dr. Karl Ludw. Hummel von hier, Assistent an der Universität in Freiburg, mit Marie Emma Leonie Ludewici von Jedgim. — Friedr. Meister von Lehr, Großkaufmann in Lehr, mit Karoline Benzinger von hier.

Todesfälle. Gustav, V.: Gustav Oberader, Tagelöhner. — Leopold, V.: Markus Rosenthal, Kaufmann. — Amalie Kiefer, Ehefrau. — Wilhelm Früh, Reviseur, Chemann. — Paul Schaefer, Fabrikdirektor, Chemann. — Sophie Müller, Witwe.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 1. April 1914.

Mit abnehmender Tiefe ist die gestern bei den Färnern gelegene Depression auf östlicher Bahn bis zur Ostsee weitergezogen; zugleich hat der hohe Druck abgenommen und hat sich mehr auf den Süden und Südosten Europas verlagert. Im hohen Nordwesten ist eine neue ziemlich flache Depression erschienen. Da das Ostbarometer stetig fällt, so scheint sich die nordwestliche Depression unter weiterer Verdrängung des hohen Druckes allmählich geltend zu machen; es ist deshalb bei zunehmender Bewölkung mildes Wetter, später mit Niederschlägen zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden.

von 1. April, früh: Lugano wolkenlos 7 Grad, Biarritz wolzig 16 Grad, Triest wolkenlos 11 Grad, Florenz wolkenlos 6 Grad, Rom wolkenlos 6 Grad, Cagliari wolkenlos 10 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with columns: März, Barom. um, Therm. in C., Wind, Feuchtigkeit in Proj., Wind, Himmel. Data for 31. März and 1. April.

Höchste Temperatur am 31. März: 17.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 3.4.

Niederschlagsmenge, gemessen am 1. April, 7<sup>u</sup> früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 1. April, früh: Schusterinsel 2.45 m, gefallen 7 cm; Kehl 3.41 m, gefallen 11 cm; Mannheim 5.51 m, gefallen 39 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Advertisement for 'Berufstätige Frauen erhalten sich gesund' (Working women stay healthy) featuring 'Kasseler Hafer-Kakao' (Casseler Oat-Cocoa) as a nutritious food source.

Advertisement for 'Eine Sehenswürdigkeit sind die Ausstellungsräume des Kunstgewerbe auses C. F. Otto Müller, Kaiserstraße 138 und 144' (A sight worth seeing are the exhibition rooms of the Art and Craft Industry of C. F. Otto Müller, Kaiserstraße 138 and 144).

Kursbericht der Karlsruher Zeitung.

Table of exchange rates and prices for various goods, including 'Deutsche Staatspapiere' (German State Papers) and 'Kasseler Hafer-Kakao'.

Table of exchange rates for various currencies and locations, including 'Städtische Anleihen' (Municipal Bonds) and 'Kasseler Hafer-Kakao'.

Table of exchange rates for various currencies and locations, including 'Städtische Anleihen' (Municipal Bonds) and 'Kasseler Hafer-Kakao'.

\* Der Kursbericht enthält die Kurse einer Auswahl mündelbarer Wertpapiere nach der Veröffentlichung der Frankfurter Börse.

# MERCEDES



# AUTOMOBILE

Fabrikat  
der

# DAIMLER-MOTOREN-GESELLSCHAFT

STUTTGART-UNTERTÜRKHEIM.

Vertretung: „Auto“ G. m. b. H., Mannheim, P 6, 20.

Interessenten steht der neue Mercedes-Katalog kostenlos zur Verfügung.

## Konfirmations-, Verlobungs-, Hochzeits- Geschenke

## Reiche Auswahl eingerahmter Bilder in allen Preislagen

# E. Büchle,

Inhaber W. Bertsch — Kunsthandlung  
Kaiserstr. 128, zwischen Wald- und Karlstraße

### Bekanntmachung.

Bei der heute stattgehabten Auslosung sind die nachverzeichneten Schuldverschreibungen des 1905er Anlehens der Stadtgemeinde Heidelberg zur Heimzahlung gezogen worden:

Lit. A zu je 2000 M Nr. 52, 94, 123, 158, 165, 215, 496.  
Lit. B zu je 1000 M Nr. 506, 616, 775, 830, 862, 954, 974, 996, 1131, 1221.  
Lit. C zu je 500 M Nr. 1387, 1399, 1464, 1504, 1506, 1686, 1704, 1754, 1758, 1798, 1801, 1874.  
Lit. D zu je 200 M Nr. 2312, 2317, 2330, 2337, 2594, 2783, 2807, 2818, 2824, 2951, 3002, 3006, 3346, 3360, 3444.

(G.453)

Die Heimzahlung der ausgelosten Schuldverschreibungen erfolgt vom 1. Juli d. J. an bei der Stadtkasse Heidelberg, bei der Dresdner Bank, der Pfälzischen Bank, bei L. u. C. Wertheimer u. bei Böh & Herz, sämtliche in Frankfurt a. M., sowie bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein (Filiale) in Bonn und bei Anton Kohn in Nürnberg gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibungen und der noch nicht verfallenen Zinsscheine nebst Erneuerungsscheine. Für die hierbei etwa fehlenden Zinsscheine wird der entsprechende Betrag am Kapital in Abzug gebracht.

Die Verzinsung der ausgelosten Schuldverschreibungen hört mit dem 30. Juni d. J. auf; für nicht rechtzeitig eingelöste Schuldverschreibungen wird eine Zinsschädigung in keinem Falle begahlt.

Von den in früheren Jahren gefälligten Schuldverschreibungen des 1905er Anlehens sind zurzeit noch nicht eingelöst: Lit. B Nr. 812, Lit. C Nr. 1603, 1771 und Lit. D Nr. 2393.

Heidelberg, den 31. März 1914.  
Der Stadtrat: Dr. Walz. André.

## BAUGENEHMIGUNGEN

Von Großherzoglich badischen Bezirksämtern genehmigte Baugesuche.  
Veröffentlichungen erfolgen wöchentlich mehrmals. (Ausdruck verbietet.)

### Amt Durlach.

Muc. Wilhelm Bern, Wohn- u. Defonomiegebäude. Durlach. Hermann Bull, Doppelwohnhaus. N. Emmrich, Villenumbau. Dr. Babnbaum, Behälterfabrik. Hermann & Ettlinger, Gerbereiumbau. Friedrich Höpfer, Deuerumbau. Kaiserl. Oberpostdirektion Karlsruhe, Postumbau. August Meier, Schweinehülle. A. Möniger, Wirtschaftsumbau. Friedrich Wendling, Pflanzenhaus. Grödingen. Karl Heide, Wohnhausumbau. Friedrich Mößinger, Einfamilienhaus. Jöhlingen. Karl Spritzer, u. Hermann Wolf, Doppelwohnhaus. Emil Unger, Wohnhaus mit Schopf. Langensteinbach. Friedrich Beyer, Schuppen mit Schweinehülle. Ernst Schindel, Schweinehülle. Wilhelm Spiegel, Wohnhaus u. Schweinehülle. Singen. Karl Kraus, Wohnhaus. Döllingen. Ernst Jilly, Wohnhaus. Spielberg. Christoph Hobarth, Defonomiegebäude. Daniel Hobarth, Defonomiegebäude. Thomashof. Fritz Barth, Gartenhalleumbau. Weingarten. Wilhelm Hill, Wohnhaus mit Schuppen. Wolfartswälder. Gustav Genschow & Cie., Benzintanker.

### Amt Sickingen.

Sickingen. Kaver Binder, Umbau. Fred. Dehner, Umbau. Durlach. Albertine Daur, Neubau. Heddingen. Landgerichtsdirektor Dr. Meyer, Neubau. Jungingen. Josef Schuler, Neubau. Dwingen. Joh. Wannenmacher, Umbau. Stein. Johannes Poppel, Neubau. Steinhofen. Fa. A. Hein, Umbau. Stetten b. S. Fa. S. Wolf & Cie., Neubau. Stetten u. Söhlst. Anton Ruff, Umbau. Weilheim. Kaver Wolf, Umbau. Weilingen. August Ang, Umbau.

### Amt Forstheim.

Forstheim. Franz Kaver Dehtold, Wohnhaus. Alois Gastner, Wohnhaus. Brödingen. Aug. Zägle, Umbau. Büchenbrunn. Karl Kreuter, Remise. Döllingen. Karl Angenstein, Wohnhausumbau. Wils. Fr. Baier, Wohnhaus. Christian Bischoff, Wohnhaus. Gust. Als. Bischoff, Wohnhausumbau. Dillheim. Aug. Claus & Gen., Wohnhaus. Erzingen. Friedrich Frei, Wohnhaus. Guttingen. Jakob Burthart, Schopf mit Schweinehülle. Ittersbach. Heinrich Eidelberger, Schauer u. Stallung. Karl Wils. Gehring, Wohn- u. Defonomiegebäude. Forstheim. August Brudmann, Weichstr. 88, Fabrikbau. Alois Birkel, Hohenollerstr. Wohnhaus. Theodor Dönsle, Leopoldstr. 26, Umbau. Karl Joller, Barenstr. Wohnhäuser. Gustav Forchmer, Hebenzollernstr., Wohnhaus. Wilhelm Gärtner, Erbprinzenstr. 92, Küchtraum. Alexander Geiß, Güterstr. Wohnhaus. Albert Goll, Eitel- u. Mathystr., Wohnhaus. A. Göffel, Erbprinzenstr. 7, Umbau, Remise.

### Mäuse-Ratin pro Flasche Mk. 1.50

**RATIN**  
gegen Ratten Mk. 2.50  
Amtlich kontrolliert,  
für Haustiere unschädlich  
Adolf Fritz, Mannheim  
Gontardstrasse 29.

### Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
N.352.2.1 Konstanz.

### Zwangs-Versteigerung.

Die hier näher im Grundbuch Altmannsdorf, Amtsgerichtsbezirk Konstanz, auf den Namen der Eheleute Leinhardt Willibald Groß und Verta geb. Sulger in Egg, Gemeinde Altmannsdorf, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Altmannsdorf werden am Montag den 25. Mai 1914, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus in Altmannsdorf, im Weg der Zwangsvollstreckung versteigert. Zu den Grundstücken gehört ein zweistöckiges Wohnhaus, ein zweistöckiges Wohnneugebäude, ein zweistöckiger Wohnneubau mit Remise und Schweinehüllen und ein einstöckiger Schopf, 6 ar 06 qm Hofseite und 5 ar 06 qm Hausgarten im Ortsetzer Egg, Gemeinde Altmannsdorf, geschätzt zu 15000 M.

Dazu etwa 230 ar Ackerland und 230 ar Wiese, jeweils in verschiedenen Parzellen, geschätzt zu 20 400 M., 1 Stück Gartenland von 58 a 52 qm, geschätzt zu 4000 M., 1 Stück Wald (Mainauerwald) von 33 ar 32 qm, geschätzt zu 1200 M., Schätzung zusammen 40800 M.  
Konstanz, 28. März 1914.  
Groß Notariat 2.

### Strafrechtspflege.

Bekanntmachung.  
N.351. Heidelberg. Durch rechtskräftig gewordenen Strafrechtsbescheid des Gr. Hauptsteueramts Heidelberg vom 16. Juli 1913 ist gegen Zigarettenfabrikant Wilhelm Hettlinger in Heidelberg, Bergheimerstraße 79, jetzt in Heidelberg sich aufhaltend, wegen Zigarettensteuerhinterziehung

eine Geldstrafe von 2600 M. festgesetzt worden, welche von dem Beschuldigten nicht bezahlt worden ist. Von der Großh. Staatsanwaltschaft ist beantragt, durch gerichtliche Entscheidung diese Geldstrafe in eine festerbetragende Gefängnisstrafe von 200 Tagen umzuwandeln.

Dem Beschuldigten, Hettlinger, wird Gelegenheit gegeben, innerhalb zweier Wochen nach der Zustellung im Sinne des §. 40 Str. P. O. Anträge zu stellen und zu begründen.  
Heidelberg, 23. März 1914.  
Großh. Landgericht  
— Strafkammer II —

Dies wird zum Zweck der öffentlichen Zustellung bekannt gemacht.  
Heidelberg, 30. März 1914.  
Der Großh. I. Staatsanwalt.

### Verchiedene Bekanntmachungen.

Beim hiesigen Amt ist eine Kanzleihilfenstelle mit der geordneten Jahresvergütung zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Verwaltungsaktuelle oder Militäranwärter wollen sich sofort melden.  
N.355  
Großh. Bezirksamt Meßkirch.

### Bekanntmachung.

Aus der Veronika Rheinheim-Stiftung ist eine Heiratssteuer von 350 M. an eine Verwandte der Stifterin zu vergeben. Etwasige Bewerbungen sind unter Nachweis des Grades der Verwandtschaft mit der Stifterin nebst dem Geburts- und Leumundszeugnis bis 1. Juni d. J. anher einzureichen. G.379.3.2  
Mannheim, 13. März 1914.  
Die Stiftungsverrechnung.  
Schorsch.

### Bekanntmachung.

Aus der Iron Daniel Gahn-Stiftung ist eine Heiratssteuer von 406 M. 99 Pf. an eine Verwandte des Stifters oder dessen Ehefrau Schöndge Gahn zu vergeben. Vaterlose Waisen sollen bevorzugt werden. G.379.3.2  
Im Falle sich keine mit dem Stifter oder dessen Ehefrau verwandte Bewerberinnen melden, können auch nichtverwandte Mädchen berücksichtigt werden.  
Etwasige Bewerbungen sind mit Zeugnissen über Geburt,

Leumund, Bedürftigkeit und Nachweis des Grades der anfalligen Verwandtschaft mit dem Stifter oder dessen Ehefrau unter Anschließ der Bescheinigung, ob die Eltern noch am Leben sind oder nicht, bis 1. Juni d. J. anher einzureichen.  
Mannheim, 13. März 1914.  
Die Stiftungsverrechnung.  
Schorsch.

### Bekanntmachung.

Aus der Bernhard Deffauer-Stiftung sind zwei Heiratsausstattungspreise im Betrage von je 857 M. 14 Pf. zu vergeben. G.378.3.2  
Etwasige Bewerbungen sind unter Nachweis des Grades der Verwandtschaft mit dem Stifter nebst dem Geburts- und Leumundszeugnis bis 1. Juni d. J. anher einzureichen.

Mannheim, 13. März 1914.  
Die Stiftungsverrechnung.  
Schorsch.

### Bekanntmachung.

Aus der Deborah Langenbach-Stiftung ist eine Heiratssteuer im Betrage von 1028 M. 57 Pf. an eine Verwandte der Stifterin zu vergeben. Etwasige Bewerbungen sind unter Nachweis des Grades der Verwandtschaft mit der Stifterin nebst dem Geburts- und Leumundszeugnis bis 1. Juni d. J. anher einzureichen. G.380.3.2  
Mannheim, 13. März 1914.  
Die Stiftungsverrechnung.  
Schorsch.

### Öffentliche Vergebung.

Nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 für Bauten der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz Gutshof  
Glasarbeiten (ca. 50 Stück Keller- und Gaubenfenster, 55 Stück gewölb. Ständerfenster). N.355.3.2  
Schreinerarbeiten (ca. 32 Türen).  
Weichholzboden (ca. 230,00 qm).  
Zeichnungen, Bedingungen und Angebotsbordrude vom 31. März bis 11. April 1914 im Baubureau der Anstalt. Angebote verschlossen, postfrei, mit genauer Aufschrift, bis längstens 15. April, 4 Uhr nachm., an die Inspektion Rheingasse 19. Zuschlagsfrist 3 Wochen.  
Konstanz, 30. März 1914.  
Großh. Bezirksbauinspektion.

Hochbauarbeiten für den Neubau eines Dienstgebäudes für das Kreisfiskusamt Baden nach Verordnung des Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: Erd-, Maurer-, Zement-, Kunststein-, Zimmer-, Schmie-, Dachdecker-, Flechenerarbeiten, Walzeisenlieferung u. Pfostenablieferung. N.354.2.1  
Pläne und Bedingungen vom 1. April 1914 ab auf unserem Geschäftszimmer zur Einsicht, daselbst Abgabe der Angebotsformulare. Ohne Einsichtnahme der Angebotsformulare keine Abgabe der Angebotsformulare. Angebote verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens Mittwochs den 15. April, vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen, zu welcher Zeit auch die Eröffnung der Angebote erfolgt. Zu spät eingehende und mit Porto beaufschlagte Angebote werden zurückgewiesen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Baden, 30. März 1914.  
Großh. Bezirksbauinspektion.

Erd- und Maurerarbeiten für Bahnhoferweiterungen in Orschwieler zu vergeben gemäß Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907. Vergabeunterlagen bei uns, wo auch Abgabe der Angebotsbordrude. Angebote verschlossen, bestellgeldfrei, mit Aufschrift, bis längstens Dienstag den 14. April 1914, vormittags 10 Uhr, abzugeben. N.350.2.1  
Großh. Bahnbauinspektion  
Offenburg.

Deutsch-Französischer Güterverkehr mit den französisch. Ostbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. April 1914 ist der Nachtrag V zum Tarif Teil II C — Kilometerzeiger — enthaltend die Aufnahme der Stationen M. Lensbach, Orschwieler transit und Osterburken, die ersteren zwei unter Beschränkung auf den Holzverkehr, eingeführt worden. Zum gleichen Zeitpunkt sind die Stationen M. Lensbach, Orschwieler transit und Osterburken in den Holzabnahmetarif aufgenommen worden. Der Nachtrag ist von den Dienststellen und vom Verkehrs-Bureau unentgeltlich zu beziehen. N.368  
Karlsruhe, 27. März 1914.  
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.